Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 30 000 Mk.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Dienstag
14. August 1923

Verantwortlich Professor Dr. Paul Lensch, Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 32. Fernsprecher: Amt Moritzplatz 4783 bis 5080. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags immer nur morgens. Bezugspreis für August 120 000 ℳ freibleibend.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht ein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung unter Ausschluß jeder Entschädigung. Tagespreis für Anzeigen 450 000 ℳ × 28 mm breite mm-Zeile. Behördliche Anzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

14. 8. m Nr. 371 30 000
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Die neue Reichsregierung.

Zum Kabinettswechsel.

Der Reichspräsident hat den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien berufen.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen ist bis auf weiteres der Reichskanzler beauftragt. Das Reichspostministerium ist noch unbesetzt.

Als Herr Cuno gegen Ende des vorigen Jahres sich bereitfand, das deutsche Reichskanzleramt zu übernehmen, da brachte er ein wirkliches Opfer. Er war nicht etwa als „Mann der Industrie" auf, wie man gern behauptet hat; es war vielmehr der Reichspräsident, der ihn herausgeholt und an seinen Platz gebracht hatte. Bei der Herkunft des Herrn Cuno war es freilich nur selbstverständlich, daß er enge und freundschaftliche Beziehungen zu Handel und Industrie hatte. Die Sozialdemokratie verfolgte sich ihm damals bei der Kabinettsbildung, und so bildete Herr Cuno das erste Kabinett, ohne sich dabei an die Wünsche der Fraktionen zu binden. Da er aber kein Geschöpf des Parlaments war, mußte er ein „Geschöpf der Industrie" sein, und die Sozialdemokratie hat ein übriges getan, um dieses Urteil über Cuno im Ausland festzusetzen. Unter der Kanzlerschaft Cuno hat der deutsche Name im Ausland wieder Klang bekommen. Das ist die Folge des Ruhrkrieges, dessen auf deutscher Seite zutage getretener Heroismus natürlich nicht das Produkt der Regierungsgewalt gewesen ist, der aber doch bewies, daß der Bruch mit der verhängnisvollen „Erfüllungspolitik" des Herrn Wirth eine stille latente Energie im deutschen Volke wachzurufen imstande war.

Leider nahm Herr Cuno an der Energie, mit der an der Ruhr gekämpft wurde, kein Beispiel für sich selber in der Führung der Politik im allgemeinen. Es fehlte nicht nur an der durchgreifenden Kraft, die Gesamtheit der Nation zu mobilisieren und dem letzten Unterschied zwischen Regierung und Nation, dem der Ruhr, schwere Wunden geschlagen. Da Herr Cuno nicht die Kraft fand, diese Dinge beizeiten von sich zu stoßen, so hat ihn jetzt Herr Stresemann mit sich in die Tiefe gerissen. Auf dem gleichen Brett steht die mangelnde Entschlossenheit des Herrn Cuno, den Arbeitern gegenüber mit allem Nachdruck die Notwendigkeit der Mehrarbeit und der Hebung unserer nationalen Produktivkraft zu betonen. Daß Herr Cuno mit der Autorität seines Amtes diese wirtschaftliche Notwendigkeit betont, es hätte schließlich seine Wirkung nicht verfehlt und es stünde wohl besser in Deutschland.

Neben Herrn Cuno sind die Herren v. Rosenberg und Becker die hervorragendsten und die persönlich mit Cuno am enksten verbundenen Mitglieder des Kabinetts gewesen. Beide Herren stellten, als sie in das Kabinett eintraten, ihre politische Reputation aufs Spiel. Es ist ein schwerer Entschluß, heute in Deutschland einen Ministersessel anzunehmen. Die höchste persönliche Achtung nehmen beide Herren aus ihren Aemtern mit.

Der eingetretene Kabinettswechsel gibt der Sozialdemokratie nicht den geringsten Anlaß zum Jubeln. Auch die großen Firmengefolge, die jetzt der Reichstag angenommen hat, und über deren mannigfache Güte wir hier nicht sagen wollen, sind nicht etwa das Ergebnis sozialdemokratischen Terrors, sondern eines allgemeinen Opfersinns. Auf der anderen Seite bedeutet die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, in die große Koalition und besonders in ein Kabinett Stresemann einzutreten, keine geringe Ueberwindung für diese Partei, deren Führer, Müller-Franken an der Spitze, seinerzeit schon diesen Gedanken als unvereinbar mit dem Charakter der Partei erklärt hatten. Man denke an Müllers Rede in Mannheim oder an den Parteitag von Kassel.

Der neue Reichskanzler nun, Herr Dr. Stresemann, tritt in einem Augenblick an das Steuerruder des Reiches, wo eine starke Liebe zu unserem Volke und ein festes Herz dazu gehören, sich dieser schweren und drängenden Aufgaben zu unterziehen. In der für uns zurzeit brennenden Frage, dem Kampf an der Ruhr, kann Herr Stresemann selbstverständlich nur für seinen und unser Cuno Bedenken ist. Immerhin muß die deutsche Politik dahin gehen, diese blutende Wunde bald zu schließen. Die Befreiung von Ruhr, Rhein und Saar ist das selbstverständliche Ziel der deutschen Politik auch unter dem neuen Kabinett. Wie weit dabei die Haltung Englands nützlich sein kann, bleibt abzuwarten. Wir möchten den Herrn Reichspräsidenten und Herr Dr. Stresemann an die alte Erfahrung erinnern, daß gerade die Angelsachsen seit jeher jede Vermittlung mit höchst respektablen Summen von England erwarten wird nicht, daß mit dem Sturz seines Urhebers seine Richtigkeit nicht eingebüßt.

Im Innern muß Herr Stresemann uns sagen, daß er der entschlossene Mann ist, der in entscheidender Situation grade stehen kann. Die Autorität des Staates ist schwer erschüttert und wird von Elementen bedroht, die mit der von Hunger und Verzweiflung gleich gepeinigten Masse unseres Volkes ein frevelhaftes Spiel treiben. Diese Autorität gilt es zu stützen, und zwar mit allen Mitteln. Je furchtbarer die Gefahren, die unsern Staat umdrohen, um so notiger ist es, daß an entscheidender Stelle ein Mann kalten Blutes steht, der die Gewalten des Staates gegen die Gewalt der Auflösung mit Kraft und, wenn es sein muß, mit Schonungslosigkeit ins Spiel bringt. Weiß man erst, daß an dieser Stelle der richtige Mann steht, dann ist die größere Hälfte der Gefahr gebannt. Was Deutschland braucht, ist Wille.

Die Zusammensetzung des Kabinetts wurde erst am späten Abend bekannt. An dieser Stelle

Dr. Rudolf Hilferding.

sei nur die Genugtuung über die Neubesetzung des Eisbahnministeriums ausgesprochen. Im übrigen ist es erfreulich, daß Herr Dr. Stresemann es durchgesetzt hat, die Auswahl der Mitglieder seines Kabinetts selber zu vollziehen und sie sich nicht etwa von den Fraktionen vorschreiben zu lassen. Mit diesem falsch verstandenen Parlamentarismus, mit dem bereits Herr Cuno aufgeräumt hatte, darf nicht wieder angefangen werden.

Das Ausland, besonders Frankreich, hat keinen Anlaß, den Kabinettswechsel etwa als ein Symptom deutscher Schwäche zu begrüßen. Das Gegenteil wäre besser begründet. Im Kabinett Stresemann wird sich an Widerstandskraft zusammenfinden, was in Deutschlands Adern steckt. Und wie ungeheuer stark diese Kraft nach wie vor ist, hat der vormalige Poincaré an der Ruhr erfahren. Neben der Kraft zum Widerstande lebt aber auch die Bereitschaft zur Verständigung mit unseren Feinden.

Dr. Stresemanns Kabinett.

Das neue Reichskabinett setzt sich folgendermaßen zusammen:

Reichskanzler: **Dr. Stresemann.**

Außenminister und Wiederaufbauminister: **Robert Schmidt** (Soz.).

Das Ministerium des Aeußern wird vorläufig vom Reichskanzler verwaltet, man nimmt jedoch an, daß der deutsche Gesandte beim Vatikan Herr von Bergen, das Amt übernehmen wird.

Minister des Innern: **Sollmann** (Soz.).

Für die besetzten Gebiete wird ein besonderes Ministerium abgezweigt, das dem früheren Oberpräsidenten der Rheinprovinz, **Fuchs**, unterstellt wird, der dem Zentrum angehört.

Reichsfinanzminister: **Dr. Hilferding** (Soz.).

Reichswirtschaftsminister: **von Raumer** (D. Vp.) (in Aussicht genommen).

Reichsernährungsminister: **Dr. Luther.**

Reichsverkehrsminister: **Dr. Gessler** (Dem.).

Reichsarbeitsminister: **Dr. Brauns** (Ztr.).

Reichsschatzminister: **Geiser** (Dem.).

Reichsjustizminister: **Prof. Dr. Radbruch** (Soz.).

Von den Mitgliedern des Kabinetts Cuno haben also drei ihre Ministerposten behalten: Brauns, Gessler und Luther, während Oeser vom Innern zum Verkehr übergeht. In früheren Kabinetten sind Minister gewesen die Herren: Radbruch, von Raumer, Schmidt. Zum erstenmal treten in die Regierung ein: Dr. Stresemann, Fuchs, Hilferding, Sollmann und vielleicht v. Bergen.

Nach der Parteizugehörigkeit gruppiert sich das Kabinett Stresemann so, daß neben neun Bürgerlichen vier Sozialdemokraten stehen werden, sobald Rosenberg und Post besetzt sind.

Der endgültigen Bildung des neuen Kabinetts ging eine lange Wartezeit voraus, denn es hatten sich viele Erwartungen noch einige Schwankungen ergeben. Infolgedessen sah man davon ab, die für abends 8 Uhr anberaumte Reichstagssitzung noch abzuhalten. Erst um 5½ Uhr kehrten die Fraktionsführer aus der Reichskanzlei zurück, wo sie mit Dr. Stresemann beraten hatten. Nach kurzen Besprechungen der Fraktionsvorstände traten die Fraktionen der großen Koalition selbst zusammen und beschlossen, dem neuen Kabinett in der kommenden Sitzung ihr Vertrauen auszusprechen. Die heutige Reichstagssitzung, in der das Kabinett mit einer programmatischen Erklärung vor die Oeffentlichkeit tritt, wird um 1 Uhr stattfinden.

Antwort des Reichspräsidenten an Dr. Cuno.

Der Reichspräsident hat auf das gestrige Schreiben des Reichskanzlers Dr. Cuno folgende Antwort erteilt: Herr Reichskanzler! Nach der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Lage und der in den letzten Tagen hervorgetretenen Möglichkeit einer Regierungsbildung auf breiter parlamentarischer Grundlage verstehe und würdige ich die Beweggründe, die Sie und das Kabinett zu Ihrem Rücktrittsgesuch veranlaßt haben; ich habe mich daher entschlossen, Ihre und der Herren Reichsminister Demissionen anzunehmen.

Sie haben vor fast neun Monaten meinem Rufe folgend, unter Zurückstellung eigener Interessen und unter persönlichen Opfern in ernster Ernst die Leitung der Reichsregierung übernommen und sich seither mit allen Kräften bemüht, der durch die wiederholten Schicksalsschläge schwer geprüften Nation den Weg zu weisen. Namens des Reiches danke ich Ihnen und allen Mitgliedern Ihrer Kabinetts für Ihre mit ernstem Willen und bester Kraft dem Vaterland geleisteten Dienste. Wenn trotz allem das Vertrauen unseres Volkes in den letzten Wochen immer größer wurde, so sind daran in erster Linie der immer verhärtetere außenpolitische Druck und die dadurch erzeugten wirtschaftlichen Nöte Schuld und Ursache. Indem ich Sie hiermit um Ihrem Amte enthebe, erfülle ich gleichzeitig den Wunsch und Erwartung Ausdruck, daß ich auch fernerhin auf Ihren Rat und Ihre Mitarbeit rechnen darf. Im aufrichtigen Verschlagung bin ich Ihr ergebener

gez. Ebert, Reichspräsident.

Streikunruhen.

Ausnahmezustand in Hamburg.

Die Ruhe wiederhergestellt.

hem. **Hamburg**, 13. 8. (Eigenbericht.) Ueber das Gebiet des Hamburger Staates mit Ausnahme des Amtes Bergedorf ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Die in der Reichsverfassung festgelegten Grundrechte sind vorübergehend außer Kraft gesetzt. Die vollziehende Gewalt ist dem Polizeisenator Senator Hense übertragen worden, der gleichzeitig zum Regierungskommissar ernannt wurde.

hem. **Hamburg**, 13. 8. (Eigenbericht.) Am Abend stellt sich die Lage in Hamburg wie folgt dar: Die Sicherheitspolizei ist vollkommen Herr der Lage. Das Gebäude der kommunistischen „Volkszeitung" ist weiter besetzt, das Erscheinen der Zeitung am heutigen Morgen verhindert. Die blutigen Unruhen des Morgens haben sich nicht wiederholt. Die Machtprobe zwischen Gewerkschaften und Kommunisten scheint durchaus zugunsten der Gewerkschaften ausgegangen. Der Straßenbahnverkehr ist in vollem Umfange wieder aufgenommen. Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke sind im Betrieb. Die Generalstreikproklamation ist lediglich auf dem Papier geblieben.

*

Halle, 13. 8. (Eigenbericht.) Die Freien Gewerkschaften erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Radikale die Gewerkschaften den Generalstreik abgelehnt hätten, bestehe für sie kein Anlaß, die Arbeit niederzulegen. In den städtischen Betrieben wird es weitergearbeitet, ebenso fährt die Straßenbahn. Erstere Zusammenstöße sind es nirgends gegeben.

St. **Dresden**, 13. 8. (Eigenbericht.) Der Bergarbeiter-reik im sächsischen Steinkohlenrevier ist beendet. Es wurden gezahlt als Wirtschaftsbeihilfe für Verheiratete mit Kindern 5 Millionen, für Verheiratete ohne Kinder 4½ Millionen, für Ledige 4 Millionen, für unehliche Verheiratete 3 Millionen und für Jugendliche 2 Millionen Mark. — Die kommunistische Presse veröffentlicht an auffallender Stelle einen Aufruf an die sächsische Arbeiterschaft, sofort in einen Generalstreik einzutreten, um die Berliner Bewegung zu unterstützen. Morgen wird versucht werden, in Betriebsversammlungen die Generalstreikparole durchzuführen.

ef. **Leipzig**, 13. 8. (Eigenbericht.) Augenblicklich streiken in Leipzig die Metallarbeiter, die Bauarbeiter und ein großer Teil der Buchdruckereiarbeiter. Ueberall handelt es sich um abgelehnte Lohnforderungen resp. um Ablehnung von Wirtschaftsbeihilfen. Heute haben die Gasarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Münster, 13. 8. (Mtb.) In Mülheim hat, wie Hörde Zyklon berichtet, der Betrieb geschlossen und sämtliche Arbeiter entlassen. Arbeitsnachweise werden ab morgen wieder eröffnet.

Auf Veranlassung der Engländer ist eine Besetzung der Mieterlandenmühle erganzen, nach der die bisher unerlaubten gewissen Einsätze von nutzenbringen Gebietsteilen aus dem Ruhrgebiet sofort freigegeben wird.

F. **Danzig**, 13. 8. (Eigenbericht.) Der Generalstreik ist heute beendet worden. Die Wiederaufnahme der Arbeit hat fast in allen Betrieben stattgefunden. Die Straßenbahn verkehrt wieder; auch die Danziger Tageszeitungen, die seit Donnerstag ausgeblieben waren, sind heute erstmalig wieder erschienen.

*

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist es in Berlin lediglich im Süden in der Gegend des Tempelhofer Feldes und des Hermannplatzes zu Unruhen gekommen, bei denen die Polizei von der blanken Waffe Gebrauch machen mußte. Ein Versuch der Menge, den bereits Hochbahnhof zu stürmen, konnte verhindert werden. Eine Reihe von Personen wurde festgenommen.

(Siehe auch die Berichte auf S. 2.)

Agent provocateur.

Dortmund, 13. 8. Sonntag früh gegen 10 Uhr fielen vom Wasserturm in der Lindenstraße fünf Schüsse ab und flüchteten. Der Mann wurde später eingeholt und festgestellt, daß es der französische Kriminalbeamte Rose.

Gelsenkirchen, 13. 8. (T. U.) Die Franzosen haben anläßlich der Gelsenkirchener Unruhen mitgeteilt, daß sie gegen die Störung der Ruhe vorgehen und notigenfalls mit Maschinengewehren einschreiten werden.

Blutchronik.

Essen, 13. 8. (Mtb.) Ueber die Stadt Osterfeld haben die Franzosen wegen Erschießung eines Polizeibeamten eine „Sanktion" verhängt. Vom Sonnabend bis 8 Uhr abends bis 5,30 Uhr morgens verhängt. Ferner wurde die Schließung sämtlicher Lokale angeordnet.

Wegen des Besetzung der Zechen „Alma" und „Rhein-Elbe" ist die Stadt Gelsenkirchen ohne Gas.

Wegen eines angeblichen Attentats in Kaltrop sind ab heute mittag für eine Woche sämtliche Straßenbahnen der Stadt und des Landkreises Dortmund stillgelegt worden.

In Duisburg ist am 11. August der Arbeiter Blandmann von einem französischen Auto überfahren und tödlich verletzt.

Im Amtsbezirk Wuffen wurde am 11. August der Bergmann Sabecki von einem französischen Posten im unbesetzten Gebiet ohne Anruf erschossen.

Bei der Besetzung der Reichsbank in Recklinghausen „beschlagnahmten" die Franzosen 182 Millionen Mark und bei der Stadtbank 3 Millionen Mark. Der Bank- und Rechnungsdirektor und Kassierer der Reichsbank wurden verhaftet.

Einstellung aller Sachlieferungen.

Zur Erhaltung des Existenzminimums der deutschen Bevölkerung.

W. T. B. teilt mit:

Deutschland hat nach dem Ruhreinbruch versucht, die Reparations- und Restitutionssachlieferungen an die am Ruhreinbruch nicht beteiligten Mächte aufrecht zu erhalten, obwohl durch die Abschnürung des Rheinlandes und des Ruhrgebiets das wichtigste Gebiet Deutschlands für Ausfuhrproduktion und Reichseinnahmen weggefallen war. Deutschland hat damit den Beweis seines Leistungswillens bis zum äußersten erbracht.

Die jetzige Situation, die durch einen Dollarstand von mehr als 5 Millionen Mark charakterisiert ist, verlangt aber Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands, um der Bevölkerung das geringste Existenzminimum zu sichern und drohenden Hunger abzuwenden. Gegenüber diesem Ziel müssen alle andern Aufgaben zurücktreten. **Die Reichsregierung ist daher gezwungen, vorübergehend die im Vertrag von Versailles vorgesehenen Sachlieferungen auch an England, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal und Rumänien einzustellen, da gerade deren Finanzierung das Budgetdefizit und die Inflation zum wesentlichen Teile hervorgerufen hat.** Allein die bis jetzt übernommenen und noch nicht beschlossenen Sachlieferungen erfordern bei dem jetzigen Stand eine Aufwendung von rund 300 Billionen Papiermark. Wenn dazu noch weitere Sachlieferungsverpflichtungen treten würden, würde der Erfolg der vom Reichstag augenblicklich beratenen Steuerreform und der Goldanleihe von vornherein in Frage gestellt sein. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die Italien in der Beschaffung der für seine Wirtschaft notwendigen Kohle findet, wird aber versucht werden, die Kohlenlieferung an Italien fortzusetzen. Der Entschluß der Reichsregierung bedeutet keineswegs eine endgültige Einstellung der Reparationsleistungen, die nach dem Vertrag von Versailles erforderlichen Sachlieferungen werden vielmehr wieder aufgenommen werden, sobald Reichsfinanzen und Währung dies gestatten.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	13. 8.	11. 8.		13. 8.	11. 8.
Tägl. Geld	4½ %	nom.	Schweiz.	—,—	4,50
	0,000027	0,000035	Amsterdam	39,30	39,34
Berlin	0,000029	0,000037	Zürich	—,—	18,75
Mailand	0,00035	0,00040	Kopenhagen	18,25	18,35
Madrid	0,000087	0,000025	Prag	2,93	2,92
London			Wien	—,—	4,27
Kabel-Tr.	4,57,00	4,57,12	Budapest	—,—	13,70
Lond. Sicht	4,54,00	4,54,12	Bukarest	634	63
Paris	5,56	5,68	Madrid	—,—	—,—

New York, Produktenmarkt.

	13. 8.	11. 8.		13. 8.	11. 8.
Baltimore	10½	—,—	Chicago	25,50	25,50
Dept.	8,63	—,—	Winnipeg	5,62	5,62
Berlin	7,67	—,—	Buenos Aires	11,87½	11,75
Hüfen	7,37	—,—	Talg	7,00	7,00
Mai	7,23	—,—	Ges. Saatöl	10,25	9,90
Juli	7,20	—,—	Dept.	9,94	9,77
Kaffee	25,15	25,25	Petroleum	15,40	15,40
Sept.	24,70	24,75	Talg	5,50	5,50
Dez.	24,70	24,75	Kupfer	12,50	12,50
Okt.	23,92	24,00	Brot. Mehl	3,00	3,00
Mai	23,90	24,00	Rohzucker	5,15	—,—
Zucker	7,000	9,000	Weizen	0,91	0,96
Dez.	14,14	14,14	Zinn	0,89	0,89
Mai	6,62	6,62	Kupfer	24,25	24,00
Mai	6,32	6,12			

	13. 8.	11. 8.		13. 8.	11. 8.
Weizen, rot	115	111½	Rom. Sp.	5,00-5,50	5,00-5,50
Hartw.	117	115½	Hartw. Exp.	1 sh 6 d	1 sh 6 d
Mais 6 Rdm	102½	101½	Mais	6 cts	6 cts

Chicago, Produktenmarkt.

	13. 8.	11. 8.		13. 8.	11. 8.
Weizen Sept.	101½	99½	Pippau Sept.	8,324	8,10
Dez.	104½	103½	Spanl. Nitrat	8,00	7,75
Mais Sept.	77½	77	Mehrzus.	8,874	8,662
Dez.	68½	68½	Leinsaat Sept.	7,00	6,85
Hafer Sept.	35½	35½	Schmalz Sept.	8,20	8,00
Dez.	36	37½	Schweine Sept.	7,20	7,00
Roggen Sept.	65½	65	Schweine Okt.	7,90	7,65
Dez.	68	68	Schweine Dez.	7,000	7,000
Schmalz Sept.	10,974	10,75	Schweine Chicago	132 000	60 000
Okt.	11,10	10,90			

Wutschnauben der Pariser Presse.

Schmähungen und Verdächtigungen Englands. — Poincaré antwortet.

S. **Paris**, 13. 8. (Eigenbericht.)

In den Abendblättern findet sich eine unverhüllte Entrüstung über das englische Dokument, das abscheulich als unfreundlich, geheimnisvoll und egoistisch bezeichnet wird. Man beschuldigt England gegenüber einer Sprache, wie sie die französische Presse bis heute noch nicht führte. Auch Lord Curzon bekommt für seine Autorschaft eine Fülle von Liebenswürdigkeiten zu hören. Man spricht feststellenwie schon von gewissen Mitleiden. Die rechtsstehende Abendpresse kündigt an, daß eine französische Antwort ungefähr nach acht Tagen erfolgen werde, und es heißt, daß die von der Sudaner Regierung erhobenen Bedenkenpunkte Punkt für Punkt widerlegt werden sollen. Das Kabinett Baldwin mache das von Lloyd George verfolgte Ziel eines Bruches mit Frankreich zu seinem eigenen. Poincaré werde Baldwin sicherlich entgegnen, daß Frankreich nicht auf den Schiedsspruch des internationalen Gerichtshofs eingehe, weil es in Effen liefe, um die Kohlenlieferungen des Friedensvertrages fortzusetzen, wozu Frankreich das unantastbare Recht habe. „Wenden wir uns also ab von den egoistischen Zielen, die unsere Alliierten gemeinsam, jedes Land und Handel unsere Soldaten heldenhaft geschützt haben. Wir müssen jedoch falsches Blut bekämpfen, wir wollen uns nicht durch hysterische Angriffe Englands, noch durch die neuen Möglichkeiten, die in Deutschland ans Licht treten, schrecken lassen."

Der „Intransigeant" faßt sein Urteil dahin zusammen, daß die englische Note weder dem Inhalt noch dem Tone nach von Frankreich angenommen werden könne. Wenn man dieses Schriftstück als ein Propagandamittel bezeichnet hätte, so sei das wohl nur darum geschehen, um die Ueberraschung in Frankreich abzuschwächen. Soweit sich die englische Note mit dem Mißmut Lord Curzons über die in Deutschland eingetretenen Ereignisse erklären ließe, wäre sie entschuldbar. Hingegen könne Frankreich niemals die juristischen Fehler hinnehmen, die sie aufweise und auf die sie sich aufbaue. Die englischen Berechnungen über die Zahlungen seien unrichtig. London widersetze sich einer Priorität für die zerstörten Gebiete und verweigere eine Revision der in Spaa festgesetzten Prozentsätze. Frankreich habe es nicht notwendig, vor anderen Nationen sich in eine Diskussion einzulassen, weil der Friedensvertrag vollkommen klare Bestimmungen enthalte. Frankreich brauche der vom Haager Gerichtshof in der seine Ruhrbesetzung zu verkürzen.

Der offiziöse „Temps" charakterisiert den Einbruch in Frankreich folgendermaßen: Die Regierung Baldwin bezüglich die französisch-englischen Beziehungen und mache dem englischen Volk einen Bruch mit Frankreich begreiflich. Auch Belgien werde mit einer Ungerechtigkeit von England angegriffen, die einer Großmacht nicht würdig sei. Italien werde Schoden zufügen, indem England den Alliierten bedeute, daß sie für das aufzukommen hätten, was Deutschland nicht bezahlen werde. Das Ende werde sein, daß schließlich der Druck auf den Vereinigten Staaten liege. Man könne sich des Eindruckes nicht erwehren, daß England mit seiner Note letzten Endes Amerika zu einer Streichung seiner Forderungen zu bewegen beabsichtige. (!)

Das „Journal des Débats" äußert sich ebenfalls sehr pessimistisch und rechnet ernsthaft mit einem Bruch der Entente. Für den Fall, daß die englische Regierung trotz der offensichtlich entgegengesetzten (?) Stimmung des Landes die Drohung mit einer Sonderaktion wahr mache, müsse sich Frankreich tatsächlich schlimmeren Dingen gefaßt machen. In dem übermäßig langen Dokument finde sich nichts, was zu einer Hoffnung auf Beilegung des Konflikts berechtige.

Brüssel ist enttäuscht.

S. **Paris**, 13. 8. (Eigenbericht) Unter dem Eindruck, den die englische Note in Brüssel hervorgerufen hat, erklärt der Berichterstatter des „Journal des Débats", daß man auch dort enttäuscht sei. Man habe die englischen Bemerkungen hinsichtlich der Prioritätsrechte Frankreichs und Belgiens für die zerstörten Gebiete nicht verzeihen. Den einzigen Vorteil, den das Dokument bietet, erblicke man in dem Umstande, daß sich nicht endgültig die Tür zu Verhandlungen zugeschlossen sei.

David Lloyd George:

XXIV. Frankreich—Deutschland.

(Nachdruck verboten.)

(Copyright by United Press Association of America and all countries except Great Britain; copyright in Great Britain by London „Daily Chronicle"; reproduction in full or in part prohibited.)

Welch wahnsinniger Wirrwarr, Frankreich und Deutschland sind ängstlich bestrebt, zu einem Ausgleich zu kommen. Starrer Stolz hindert die Völker, ihre Absicht offen zu bekennen. Der Kampf geht weiter zum Unglück beider Länder.

Ich bin in letzten zähnemärschender Stimmung, weil es sich schließlich auf das Ruhrtal hinzieht eingelassen hat. Jetzt gibt es aber kein Entrinnen mehr. Bei jedem Versuch aufzubrechen, packt Frankreich den Genossen mit rauher Hand an den Rockschößen und zieht ihn zurück. Belgien muß auf Wachtposten in Essen stehen, während sein Franken zu Hause immer mehr auf die schiefe Ebene gerät.

Italien hat ganz vergessen, daß es ehemals der Ruhrbesetzung seine Zustimmung gab. Noch gehen dort heute die Wogen sittlicher Entrüstung, aber bisher hat sich diese Entrüstung noch nicht über die Alpen hinaus ausgewirkt.

England gibt murrend in nutzlosen Noten seiner Unzufriedenheit in gleicher Weise mit Frankreich und Deutschland Ausdruck. Eine schläfrige und lähmende Verwirrung der Meinungen. Keiner sieht sich in seiner eigenen Haut wohl, nur der „Geist des Bösen" hält sich mit teuflischem Lachen die Seiten. Niemals sei dem Turmbau von Babel halte er so schöne Zeiten. Was wird das Ende sein? Eine weite Sintflut.

Der Schrecken des großen Krieges hat den gesunden Menschenverstand Europas aus den Angeln gehoben. Das normale Denken der Nationen ist verschwunden und immer weiter wird der hohe Blutdruck durch die Erregung über die Ruhrfrage gesteigert.

Studiert in späteren Tagen ein fleißiger Geschichtsforscher alle die Reden und Zeitungsartikel, die heutzutage gehalten und geschrieben werden, so wird ihm der Wahnsinn eines Kontinents, dessen seelisches Gleichgewicht durch verschiedene Jahre schwer gestört wurde, klar zum Bewußtsein kommen.

Der Kernpunkt der ganzen Frage ist wirklich unsäglich einfach. Wieviel kann Deutschland zahlen und auf welche Weise kann es zahlen? Amerika, England, Italien und Deutschland, alle diese Staaten stehen auf dem Standpunkt, daß es nur eine Möglichkeit der Lösung dieser Frage gibt: Die Einsetzung eines geeigneten Sachverständigenausschusses zur Untersuchung und Berichterstattung. Der Papst hat diesem einleuchtenden Vorschlag seinen Segen gegeben. Im Gegensatz dazu erklärt Frankreich, daß diese Frage durch Kanonen und Gewalt entschieden werden muß — beide fürwahr vortreffliche Mittelsmänner für ein bevorstehendes Unternehmen. Unter den Läufen der Maschinengewehre soll Deutschland seine Bücher vorlegen und seinen Fall vor dem Forum der Gewalt verhandeln.

(Schluß siehe 2. Seite.)

Eine klare Antwort.

Die Note, die von der englischen Regierung am Sonntag dem französischen und dem belgischen Gesandten in London übergeben wurde, hat einen klaren, eindeutigen Wortlaut und trägt alle Merkmale eines wohlüberlegten Programms. Auf dem Wege über diesen Monate der Hilfslosigkeit und der beschämenden Doppeldeutigkeit, auf dem Wege über ein ungeheures Ausmaß von wirtschaftlicher Not in Mitteleuropa und die schwerste Schädigung des Wirtschaftslebens aller mit Deutschland in Verbindung stehenden Völker hat die englische Regierung sich zu einer entscheidenden Stellungnahme bringen lassen. Spät, aber nicht zu spät, wenn den theoretischen Feststellungen Taten folgen.

Es ist etwas unfindlich, daß man Wut von 55 Tagesnarben, von einigen Dutzend diplomatischen Verbeugungen, von seltenen und dialektischen Auseinandersetzungen den positiven Kern der Note herausschälen. Zum Vordergrunde steht die kategorische Feststellung, daß der Ruhreinbruch ein Unternehmen gegen Recht und Vertrag ist. Diese Erklärung, die das Kabinett Bonar Law ängstlich in die Aktenregale des Foreign Office versetzt, um die sich das Kabinett Baldwin bis auf den heutigen Tag mit nicht minder großer Zurückhaltung gedrückt hat, ist von derart fundamentaler Bedeutung für die kommende Entwicklung der Reparationsfrage und insbesondere für das englisch-französische Verhältnis, daß wir den Wortlaut der entsprechenden Stelle der englischen Note hier anführen wollen: „Die höchsten juristischen Autoritäten in Großbritannien haben der britischen Regierung das Gutachten abgegeben, daß die Besatzung der deutschen Regierung (bei der Ruhreinfall im Widerspruch zu dem Versailler Instrument stehe), wohl begründet ist, und die britische Regierung hat niemals ihre Ansicht verhehlt, daß die französisch-belgische Ruhraktion, ganz abgesehen von der Frage der Zweckmäßigkeit, nicht eine Sanktion ist, die durch den Vertrag selbst autorisiert ist." Wenn in diesem Zusammenhang Curzon ausdrücklich feststellt, daß England keineswegs daran denkt, Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstandes ohne Gegenleistung zu zumuten, so bleibt uns nur einiges Erstaunen, warum der von Poincaré abgelehnte englische Entwurf für eine Antwort auf das deutsche Memorandum eine bedeutend weitergehende Formulierung enthielt.

An die juristische Verurteilung der Ruhraktion knüpft England den Vorschlag, den Haager Weltschiedsgerichtshof in dieser Angelegenheit anzurufen. Wir betonen, daß der Streitfall ein englisch-französisch-belgischer ist, der uns nicht unmittelbar berührt. So klar es für uns ist, daß der Ruhreinbruch keine vertragsrechtliche Grundlage besitzt, so begründenswert wäre es natürlich, wenn auch ein Schiedsgericht von internationaler Geltung diese Tatsache feststellen würde. Im vorliegenden Falle, mit dem uns nur einiges solchen Spruch auszuheben wird, wird man sein schlechtes Gewissen erneuern.

Zum erstenmal auch gibt England einer Ansicht über die zu erfolgende Beseitigung des Ruhrkonfliktes klaren Ausdruck: Festsetzung und Inkraftsetzung der von Deutschland durch Vereinbarung zu erzielenden Garantien, dann sofortige völlige Räumung. Man wird diesem Programm in großen Zügen von deutscher Seite beistimmen können. Aber die englische Note macht selbst die erstgenierte Feststellung, daß Frankreich und Belgien ein falsches Verfahren Zug um Zug a priori in ihren Noten ablehnen, und rechnet mit nüchterner Mathematik aus, daß Poincaré das Ruhrgebiet überhaupt nicht mehr räumen will. Die dadurch entstehende Lage bezeichnet Curzon als katastrophal. Da er sie als solche erkennt, wird er sich überlegen müssen, wie England ihr zu begegnen gedenkt.

Während der bisher besprochene Teil des englischen Schriftstücks die Ruhraktion unmittelbar betrifft, finden sich an anderer Stelle zwei Punkte, die mit der endgültigen Lösung der Reparationsfrage in engerem Zusammenhange stehen. England ist nicht geneigt, seinen in Spaa festgesetzten Anteil an den deutschen Reparationen auf Kosten einer deutschen französisch-belgischen Priorität beanspruchen zu lassen. Wohl aber ist England bereit, die Alliierten und an Deutschland auf eine 14,2 Milliarden Goldmark zu beschränken, die es nötig hat, um seine eigenen Schulden an Amerika zu verzinsen und zu amortisieren. Mit anderen Worten: England verzichtet die Frage der Reparationen und der alliierten Schulden in der Weise, daß, je mehr es von Deutschland erhält, um so mehr es den Alliierten nachzieht. Jede Regelung dieser Art — und sie wäre nicht ohne Großzügigkeit — macht England von der Tatsache abhängig, daß eine endgültige Regelung der Reparationsfrage gleichzeitig zustande kommt, weil sonst die deutsche Schuld England kein verhältnisloses Kompensationsobjekt bieten könne.

Der nachhaltige Abschluß des englischen Schriftstücks liegt in der vorgeschlagenen Einrichtung einer Sonderaktion, falls Frankreichs Belgien intransigent bleiben. Curzon macht keine Andeutungen über die Form. Wir haben es nicht n